

Die „Verbesserung“ des Friedensvertrages.

Ein Antrag im Unterhand.

Im Unterhande brachte — wie Neuter meldet — Bottonen bei der zweiten Lesung des Friedensvertrages einen Verbesserungsantrag ein, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß der Friedensvertrag Deutschland nicht bestimmte bindende Verpflichtungen auferlegt, Großbritannien seine gesamten Geldausgaben für den Krieg zu ersetzen.

In seiner Antwort auf die Debatte verteidigte Lloyd George verschiedene Bestimmungen des Friedensvertrages und erklärte, Großbritannien habe sich beträchtliche Kompensationen gesichert, obwohl es unmöglich gewesen sei, die gesamten Kriegskosten zurückzubekommen. Es sei nicht möglich, den Betrag für die Entschädigung und Wiedergutmachung festzusetzen, da die Kosten für die Wiederherstellungsarbeiten gegenwärtig noch nicht festgesetzt werden konnten.

Lloyd George verteidigte ferner die territorialen Neueregungen und die Deutschland auferlegten militärischen Bedingungen. Er betonte, daß auf der ganzen Welt der Wunsch bestehe, der Dienstpflicht ein Ende zu machen und sprach die Hoffnung aus, daß Großbritannien Ende 1919 durch freiwillige Rekrutierung alle die Streitkräfte haben werde, die notwendig seien, um die über die ganze Welt verstreuten britischen Interessen zu schützen.

Verbesserungsantrag, so lesen wir, aber was enthält er? Das ausdrückliche Bedauern, daß man nicht noch mehr aus Deutschland herausgepreßt hat. Und Lloyd George sieht sich tatsächlich zu einer Entschädigung verpflichtet! Wenn's nicht so ernst wäre, könnte man lachen. Sollte diese „Verbesserung“ schon die erste Folge der „Berliner Weltrevolution“ vom 21. Juli sein?

Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegenüber der Haltung der Regierung in der irischen Frage eine Abstimmung verlangt hatten, mit 183 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englischen Vertrag betreffende Vorlage wurde in sämtlichen Lesungen einstimmig angenommen.

Deutsch-englischer Postverkehr.

Neuter teilt aus London mit, daß jetzt wieder Post für Deutschland angenommen wird.

Die Kohlenlieferungen an Frankreich.

Deutsch-französische Besprechungen.

In Versailles fand eine erste Besprechung zwischen den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen und Vertretern der deutschen Regierung und deutschen Sachverständigen über die Kohlenlieferungen statt, die Deutschland gemäß Anlage V zu Art. 236 des Friedensvertrages an die Entente zu leisten hat. Die deutschen Delegierten legten die gegenwärtige Kohlenlage Deutschlands dar, aus der sich ergibt, daß die Abgabe von Kohlen an die Entente unter den gegenwärtigen Verhältnissen die schwerste Gefährdung, ja unter Umständen den alsbaldigen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens nach sich ziehen müßte. Die alliierten und assoziierten Regierungen verlangten die Vorlage eines Planes über die Deutschland vom September ab etwa möglichen Lieferungen.

Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt werden.

Der abgefragte Generalstreik in Frankreich.

Clemenceaus Drohungen.

Versailles, 21. Juli. Der Nationalrat der französischen Gewerkschaften trat heute vormittag auf Einladung des Verwaltungsrates der Compagnie Générale du travail zu einer Sitzung zusammen, um die Frage des abgefragten Generalstreikes zu prüfen. Laut „Populaire“ stellte der General-

sekretär Jouhaux fest, daß die Arbeitermassen nicht geneigt waren, der Streikauflösung so Folge zu leisten, wie man erwartet hatte. Ministerpräsident Clemenceau habe erklärt, daß er mit den schärfsten Maßregeln gegen Streikende vorgehen werde. Nachdem wäre der Streik durchgeführt worden, wenn nicht in der Kammer Sitzung am Freitag gutgeheißen wäre, daß man gegen die Teuerungskrise nachdrücklich vorgehen wolle.

Die Verhandlungen wurden auf den Nachmittag vertagt.

Holländische Stimmen zum Berliner Streik.

Der allgemeine Streik ein Fehlschlag.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt zu dem Streik in Berlin, soweit dies ein Sympathiestreik sei, so werde gestreift aus Sympathie für die Tatsache, daß der andere an der Arbeit bleibe! Sowie er jedoch eine Demonstration bedeute, so beweise er, daß die Berliner mit ihren internationalen Ansichten allein bestehen, und daß die Sympathie, die sie für die französischen, englischen usw. Proletariat empfinden, keineswegs erwidert wird.

Das Organ der niederländischen sozialistischen Arbeiterpartei „Het Volk“ stellt fest, daß wie in England, Frankreich und Italien so auch in Holland der für den heutigen Tag anberaumte allgemeine Streik ein Fehlschlag ist.

Wien vor einer Kohlenkatastrophe.

Wien, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wien steht vor einer vollständigen Kohlenkatastrophe. Die Elektrizitätsversorgung wird, wenn nicht schnelle Hilfe eintrifft, in diesen Tagen vollständig eingestellt werden müssen. Die Kohlenzufuhren aus der Tschechoslowakei, aus Deutschland und aus Polen sind ausgeblieben. Oesterreich selbst verfügt nur über eine äußerst geringe Steinkohlenproduktion in Steiermark, die für die Eisenhütten in diesem Lande gebraucht werden. Die Stadt Wien besitzt eigene Kohlenbergwerke, die aber an der niederösterreichisch-ungarischen Grenze liegen, der größere Teil liegt auf ungarischem Gebiet und auch von dort kommen fast gar keine Kohlenzufuhren.

Für die Kriegs- und Zivilgefangenen.

Eine Aufforderung an die Regierung.

Der dritte Vertretertag des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ und der „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener“ hat an die Regierung folgende Aufforderung gerichtet:

Der aus allen Teilen Deutschlands beschickte dritte Vertretertag fordert die Regierung auf, ihre Vertreter in Versailles zu veranlassen, mit der Entente unverzüglich wegen Rückführung der deutschen Gefangenen zu einem Abklärung zu gelangen. Sollte dieser Abklärung an dem Widerstand der Gegner scheitern, so erwarten die Vertreter des „Volksbundes“ und der „Reichsvereinigung“, daß von der deutschen Regierung dieser offene Vertragbruch unabweisbar als solcher gekennzeichnet wird. Der Vertretertag verlangt, daß die Regierung Mittel und Wege findet, gegebenenfalls unter Anrufung des neutralen Auslandes, von den feindlichen Regierungen die Innehaltung ihrer übernommenen Verpflichtungen zu erzwingen.

Kultusminister Haenisch gegen das Schul-Kompromiß.

Wie wir hören, steht der Kultusminister Haenisch noch wie vor auf dem Standpunkt, daß das Schul-Kompromiß undurchführbar sei. Das größte Hindernis für das Kompromiß sieht der Minister in der vorgesehene konfessionellen Gliederung der Schule. Es sei geradezu paradox, den Gemeinden die Entscheidung über die konfessionelle Gliederung der Schule zu lassen. Bei den höheren Schulen sei das so gut wie unmöglich. Die vorgesehene Ausbauschule finde hier die größten Hemmnisse. Es werde durch die einzelnen Bestimmungen des Kompromiß-

geradezu der Gedanke der Einheitschule beraubt. Würde das Kompromiß durchgeführt, so würden sich die Schulen in den einzelnen Orten derart voneinander unterscheiden, daß von einer Einheitschule keine Rede mehr sein könne. Außerdem würden, wenn man den Gemeinden die Umgestaltung der konfessionellen Gliederung überläßt, in diese Gemeinden die konfessionellen Kämpfe erneut hineingetragen werden.

Eine große Gefahr für die Entwicklung der Schule bildet auch der Artikel 148 Absatz 2 des Schul-Kompromißes, der die Schulverwaltungen verhindert, ihre Schulweise so auszugestalten, wie es die Einheitschule verlangt. Die Hauptwirkung des Kompromißes würde sein, daß die Schule der Stagnation verfallen. Besonders schwer würden durch das Kompromiß diejenigen Bundesstaaten betroffen, die heute schon ihre Schulweise in fortschrittlichem Sinne ausgestaltet hatten, wie Sachsen, Hessen und Baden.

Die Kehrseite der Medaille.

Uns wird zum Schul-Kompromiß geschrieben: Die Artikel von Heinrich Schulz und Richard Lohmann verdienen volle Zustimmung, wenn es sich wirklich um eine deutliche, wenn auch provisorische Regelung handelte. Leider kann ich den Optimismus der Verfasser nicht teilen, ja ich behaupte, daß diese Zugeständnisse vom Zentrum in der bewußten Absicht gemacht sind, die Partei zu käufeln. Es handelt sich für das Zentrum doch darum, unberührt von jeglicher Sentimentalität vaterländischen Empfindens, in dem großen Zusammenbruch die eigene Stellung, d. h. in erster Linie das Kirchenvermögen, zu retten. So hat es ein lebhaftes Interesse an den Gebieten, wo seine großen Liegenchaften sind, diese dem Staatsverband zu entziehen, damit sie nicht von der Sozialisierung erfaßt werden, damit man nicht auf den teuflischen Gedanken kommt, die Milliarden kirchlichen Vermögens der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Ich bin den Beweis für den Käufelungsversuch schuldig. Das Zentrum erkennt die weltliche Schule an. Das kann es gar nicht, denn es setzt sich damit in strikten Gegensatz zur eigenen Kirche, zu den klaren Entscheidungen des Papstes. In der Concilio-Enzyklika vom 1. August 1897 heißt es: „Wer also den Unterricht so einrichtet, daß er in seinem Zusammenhang mit der Religion steht, der verdient die Ausbeute selbst des Schönen und Anständigen, der wird nicht das Wohl des Staates, sondern Untergang und Verderben des menschlichen Geschlechts bereiten.“ (humani generis pestem ac perniciem parabit.)

Wird das Zentrum jetzt also die entgegengesetzte Zusicherung, so tut es etwas, das es nicht halten kann oder baldigst widerrufen wird mit einem höllischen Achselzucken: „Der heilige Vater gestattet es nicht.“

Ähnlich liegt die Sache in allen Fragen der Sozialisierung; Leo XIII. erklärt in der Enzyklika „Diuturnam Illud“ vom 29. Juni 1881: „Aus jener Kezerei“ (dem Lutherium) entstand das sogenannte neue Recht und die Volks-herrschaft und jene maßlose Füglosigkeit, die die meisten nur für „Freiheit“ halten. Von diesen kam man zu den letzten Seuchen (pestes), nämlich zum Kommunismus, zum Sozialismus, zum Nihilismus, den verabscheuungswürdigen und fast tödlichen Verbrechern der bürgerlichen Gesellschaft (civilis hominum societatis terribilima portenta ac paene funera.“ Und ähnlich heißt es im Syllabus Papst Pius IX. 1864: „Sozialismus, Kommunismus... derartige Seuchen...“

Kann man da glauben, daß es dem Zentrum mit der Zustimmung zu den großen Steuer- und Wirtschaftsgeetzen ernst ist? Und erleben wir nicht schon, daß den Finanzreformen Erzbergers die süddeutschen Staaten widersprechen, will sagen, daß Zentrum gegen Zentrum steht? Das Zentrum dient jedem Staate, gleichgültig, welche Verfassung er hat, ob es sich um Monarchie, Republik oder sonst eine Form handelt (nur nicht Volks Herrschaft — imperium populare!); heißt es doch bei Leo XIII.: „Warum soll nämlich der Kirche

Die Berliner Hochschule für Musik.

Am 1. Oktober verläßt Hermann Kretschmar seinen für die musikalische Jugend Berlins außerordentlich wichtigen Lehrposten an der Universität und an der Hochschule für Musik. Wer sein Nachfolger im Ordinariat für Musikgeschichte wird, interessiert die meisten Musikliebhaber am wenigsten; man wird es allerdings schwer haben, nach Niemanns Tode einen Mann auf diesen weittragenden Posten zu berufen, der auch nur annähernd Kretschmars Können und Beherrschung besitzt. Immerhin: Arnold Schering oder Peter Wagner wären hier schon in Ehren zu nennen, auch als Leiter des Instituts für Kirchenmusik. Wesentlicher aber ist die Neubesetzung des Direktorpostens an der Hochschule. Denn diese Akademie, einst eine Zierde für das musikalische Deutschland, eine Stätte, zu der unter Joachim's Führung Tausende aus dem In- und Ausland pilgerten, ist — das muß gesagt werden — unter Kretschmar nicht auf jener erhöhten Stufe und Wertigkeit stehen geblieben. Die Ackerarbeit, die den Schultern des einen seltsamen Mannes zugemutet war, konnte selbst ein Hercules nicht leisten. Hoff von anderen, eigenen Arbeiten und Ideen, konnte sich K. der Leitung nur in beschränkter Weise widmen. Die persönliche Note der Lehrenden war nicht mehr zündend genug, um den Zerfall des Instituts aufzuhalten. Auch von der hehrsten Tradition kann sich eine Akademie nicht ewig leben, es fehlt und fehlte der künstlerische, der organisatorische Geist des Neuen, dem gerade die besten der hier wirkenden Musiker nicht recht Platz und Geltung verschafften. Der Ruf der Rückständigkeit war nicht nur ein Tadel der Modernisten; den Sinn und Geist einer neuen Generation hatte die einst königliche Hochschule nicht begriffen.

Da ist Wandel zu schaffen; Wandel an Haupt und Gliedern. Die Hochschule muß wieder eine Kunstzentrale nicht nur für Berlin, sondern weit ausstrahlend für die verschiedensten Kunstzweige in ganz Deutschland werden. Daß solche Veränderung geling, dafür ist die Wahl des kompetenten Direktors notwendigste Voraussetzung. Denn er bestimmt Richtung und Tragfähigkeit des Hauses. Es wird gut und notwendig sein, ihn so zu wählen, daß das Schwergewicht seines Wirkens eben die Verwaltung der Hochschule ist. Nebenamtlich kann hier eine fruchtbringende Funktion nicht ausgeübt werden. Schon werden Namen genannt, hochfliegende und lehrreichen. An keinen von ihnen wird der Ruf ergehen dürfen, ohne daß man sicher ist: der angebotene Direktorposten wird dem Kandidaten freudig ergriffene Lebensaufgabe sein. Mit einem anstrengenden Lehrberuf oder einer vorwiegenden Kompositionstätigkeit läßt sich das Amt eines solchen Führers der künftigen Musikschulen nicht vereinigen. Die Jugend verlangt Leiter, die ihr stets und zu jeder Stunde fördern zur Hand sind. Führer, die einem klassischen und einem modernen Geschmack den rechten Weg weisen, die Talente nicht in Fesseln der hergebrachten

Formel bannen, sondern mit Takt und Spürsinn auch dem abjurden Kost zur Weimrose verhelfen.

Ordnung, Tatkraft, Organisation und künstlerische Kultur tut not. Die Namen, die unter Engeweißen kursieren, sind best akkreditiert: Haufegger, Siegfried Ochs, Georg Schumann. Haufegger: ein Führer der Modernen, die in charaktervollem Glanz, nicht in Spekulation ihre Burgeln hat. Siegfried Ochs: der sprühendste und suggestivste Kopf unter den reproduzierenden Künstlern und sicher der hervorragendste Organisator, den Berlin hat. Schumann: der auf klassischem Boden stehende, gemächliche Meister der zielbewußte und umsichtige Leiter der Singakademie. Drei Namen, drei Künstler, drei Sterne. Bevor die Würfel fallen, wird ein jeder, der etwa zur Wahl bestellt wird, sein Programm entwickeln. Und der Radikale soll uns der Willkommenste sein, weil nur der Unstutz hier Segen und Blüte schaffen wird.

Zwangsvorstellungen.

Es begegnet wohl jedem Menschen gelegentlich, daß ihn eine Vorstellung, sei es eine Melodie oder ein Vers, immer wieder besetzt und sich ihm so aufdrängt, daß er gar nicht davon loskommen kann. Auch das ist nichts Ungewöhnliches, daß man plötzlich unflüchtig wird, ob man, wie man es wollte, die Türen der Wohnung rüchig verschließen hat, ob man den Gasbahn zugehört oder das elektrische Licht abgestellt hat, ob man nicht etwa Vieche in falsche Umhänge getan hat usw. Das sind alltägliche Beispiele, die sich aber bei nervenschwachen Menschen oft in der merkwürdigsten Form zu krankhaften Zwangsvorstellungen steigern, wie sie der Nervenarzt Dr. Lehner im neuesten Heft der „Umschau“ aufzählt.

Es gibt harmlosere Formen, bei denen der Kranke sich gedrängt fühlt, noch gleichgültigen Dingen wie Namen zu lauschen; dabei muß er manchmal mitten in der Nacht aus dem Bett aufstehen, um irgendein Bild nachzuschauen. Andere wieder werden von dem Zwange heberisch, über laufend unzufriedene Dinge nachzugrübeln, sie fragen sich, wozu es die Menschen eigentlich gibt, wieviel Menschen täglich oder auch jährlich an ihrem Hause vorbeigehen usw. Bei vielen dieser Zwangsvorstellungen herrscht das Angstgefühl vor. Solche „Phobien“ zeigen starke Erregungszustände, Zerfallsstufen, Pulsbeschleunigung und Schweißausbruch. Bekannt ist das „Lampenfieber“. Sehr unangenehm ist für den Betroffenen die „Erdbebensangst“, die Vorstellung, er könne erdrückt, wenn ein bestimmtes Geistessthema angeklungen wird, und man würde daraus auf gewisse Vorstellungen bei ihm schließen; diese Angst macht den Kranken immer verwirrt und ruft wirklich das Erdbeben hervor, das er vermeiden wollte, und schließlich mag er sich überhaupt nicht mehr in Gesellschaft. Andere Kranke vermeiden Theater und Konzerte, weil sie befürchten, sie könnten durch lautes Sprechen, Durcharufen oder Feuerfächeln Anstoß erregen, oder auch, es könnte ein Brand ausbrechen, sie würden ohnmächtig werden usw. Auch eine unerbittliche Angst vor dem Stottern oder die Furcht, nicht gut schreiben zu können, kann veranlassen, daß flotte Redner die Sprache verlieren oder gebildete Menschen nicht schreiben können.

Zu den Zwangsvorstellungen gehört die übergroße Angst vor Gewittern, Feuerbränden, Eisenbahnen, Brücken, offenen Fenstern, Glasheben, Gift, Verunreinigungen, vor Dieren und Menschen, vor der Dunkelheit. Bekannt ist die „Blasphäm“, bei der der Kranke sich auf weiten Plätzen hilflos vereinsamt fühlt und nicht imstande ist, sie zu überschreiten. Ihm ist, als dehne sich der Raum ins Unendliche, als müsse er schwach werden oder ohnmächtig zu Boden stürzen, und wird er gezwungen, über den Platz zu gehen, so zittert er und bekommt Herz klopfen, während oft schon die Hand eines dreijährigen Kindes oder die Berührung einer anderen Person mit der Spitze des Stodes genügt, ihn von dieser Angst zu befreien. Weitere Formen zeigen sich in dem Zwang, alle möglichen ansehnlichen Schicksale für sich selbst und andere hinzuzurechnen zu müssen. Auch Zwangsvorstellungen müssen solche Kranke leiden solche Kranken unter der Angst, irgend eine auffallende oder krankheitsfördernde Handlung zu begehen, oder alle Todsünden des Bösen zu begehen, oder sie könnten in Gesellschaft abscheuliche Worte oder während des Gottesdienstes Flüche ausstoßen, oder sie würden das Kind aus dem Arm die Treppe hinunterwerfen oder sich selbst aus einem Eisenbahnzug stürzen.

Alle diese Zwangsantriebe werden in Wirklichkeit nie ausgeführt, und die Kranken wissen es auch, daß sie niemals bezweckeln tun werden; trotzdem leiden sie schwer unter dieser Angst. Das Leiden ist heilbar, am besten durch ärztliche Anwendung der Hypnotik für die oft wenige Sitzungen genügt. Bei der körperlich arbeitenden Bevölkerung sollen diese Zwangsvorstellungen fast vollkommen, und zur Heilung trägt auch die Auffrischung der Körperkräfte, die körperliche Beschäftigung sehr nützlich bei.

Notizen.

Theater. Frey Krenn von der Staatsoper in Wien, Margarete Schlemmer von der Brüsseler Oper und Helene Hall von Stadttheater in Nürnberg wurden für die im Monat August in der Volksbühne am Bülowplatz stattfindenden Opernvorstellungen verpflichtet.

„Schiff-Lebiche mit seiner Kalle“. Unter diesem Titel kam im Verlag Hoffmann u. Campe 1918 ein Roman von Hermann Schiff heraus, der heute vergessen ist. Ein komischer Roman. Jetzt soll er eine Wiederauflage erleben. Der Verlag, der ihn einst zuerst in die Öffentlichkeit führte, hat ihn sogar neu entbedt und wird ihn abermals herausbringen. Heinrich Heine war seinerzeit entzückt von dem Buch und sprach ihm literarisch bei. Er nannte ihn ein „Reisewerk voll sprudelnden Witzes“, ein Buch, das „was die Hauptsache ist, das Verdienst hat, mich unendlich amüsiert zu haben“. Im Nebentitel ist der Roman genannt „Polnische Witzschaff“.

— Eine deutsche Gesellschaft für angewandte Physik ist begründet worden. Vorsitzender ist Dr. Gehlhoff in Berlin-Friedenau.

nicht angenehm sein die Herrschaft eines oder auch mehrerer, wenn sie nur gerechtfertigt ist und sich auf den allgemeinen Nutzen richtet. Es bekämpft aber grundsätzlich: Volksherrschaft, Sozialismus und weltliche Schule. Wer glaubt nun noch an die Zuverlässigkeit der Jugenstände? Es sind nur Männer, bis die provinzielle Selbständigkeit erreicht ist, der erste Schritt zur Auflösung des Reiches, das Zentrum wird dann die Jugenstände zurückziehen oder sonstwie illusorisch machen. Die provinzielle Selbständigkeit ist dann aber nicht mehr zurückzuführen, das kostet Blut.

Siegfried Kawerau.

Die vorstehenden Ausführungen des Genossen Kawerau sind schwarz in schwarz gehalten. Sie sind ein Produkt der Sorge und der Furcht, nicht des Mutes und der Zuversicht in die sieghafte Stärke der eigenen Weltanschauung. Gewiß haben päpstliche Enzykliken ihre Bedeutung, aber sie besitzen keine Allgewalt. Andernfalls gäbe es überhaupt keine Sozialdemokratie.

Außerdem wird die praktische Durchführung des Schulkompromisses manche der Sorgen verschleusen, mit denen Kawerau und andere sich heute noch herumtragen. Das Kompromiß überträgt die Entscheidung über die Art der Schule dem Willen der Erziehungsberechtigten, und zwar innerhalb der einzelnen Schulgemeinden. Die Schulgemeinden haben also das Recht, selbständig darüber zu entscheiden, welcher der Schularten die Ihren angehören sollen. Vorgegeben sind religiöse Bekenntnisschulen, Simultanschulen und konfessionsfreie (weltliche) Schulen.

Die Ausführung durch die Gemeinden denkt man sich so, daß in der einzelnen Gemeinde für die Erziehungsberechtigten ein Wahltag angesetzt wird, an dem jeder Erziehungsberechtigte seine Stimme dahin abzugeben hat, welche der drei Schularten er wünscht. Es wird dann innerhalb der Gemeinden nach dieser Abstimmung die Schulform der einzelnen Schulen nach dem Verhältnisproblem gelöst werden. Stimmen, z. B. 40 Proz. der Erziehungsberechtigten für eine weltliche Schule, 30 Proz. für eine katholisch-konfessionelle Schule, 10 Proz. für eine evangelisch-konfessionelle Schule und 20 Proz. für eine Simultanschule, so werden 40 Proz. der Schulen weltliche, 30 Proz. katholische, 10 Proz. evangelische, 20 Proz. Simultanschulen sein. So wird also jede Weltanschauung in der Erziehung der Kinder zu ihrem Rechte kommen. Es wird sich aber nicht vermeiden lassen, in denen nur eine kleine Minderheit für eine bestimmte Anschauung zu haben ist, daß die Kinder oft einen weiten Schulweg zurücklegen müssen, um ihre Schule zu erreichen. Trotzdem ist nach der Anschauung des Kompromisses dieser Umstand einem Zwange, eine Schule mit anderer Anschauung zu besuchen, vorzuziehen.

Der Wahltag soll alle fünf oder acht Jahre wiederholt werden.

Das vorgesehene, möglichst bald zu erlassende Reichsschulgesetz soll kein Sperrgesetz sein, sondern sich auf Ausführungsbestimmungen beschränken, die eine gemeinsame Grundlage der äußeren Form des Schulbetriebes geben. Eine sofortige Lösung der Schulfrage durch die Gemeinden wird daher vorher schon möglich sein. Das Kompromiß überträgt ja die Entscheidung über die Art der Schule dem Willen der Erziehungsberechtigten.

Auch der stärkste Gegner des Kompromisses muß zugeben, daß diese Regelung mit dem preussischen Schulunterrichtsgesetz von 1906 nicht zu vergleichen ist. Die Bahn ist freigelegt für die konfessionsfreie weltliche Schule. Es gilt, sie zu beschreiten und im freien Geisteskampfe dafür zu sorgen, daß die Erziehungsberechtigten sich allmählich von den Vorzügen der weltlichen Schule überzeugen und der Konfessionsschule den Rücken kehren.

Nicht Meinmütigkeit und Verzagt, sondern vertrauensvoll und heldenhaft heißt es in die Zukunft gehen. Auch auf dem Gebiet der Schule.

Eine ruhige Versammlung.

Doch es auch ohne Modau und Tumult geht, das bewies die gestrige Versammlung der S. P. D. im Stadttheater Köpenick mit dem Thema: „Die Gewaltpolitik der Entente und die Internationale“. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal überfüllt. Der Referent, Genosse Caspari, erinnerte daran, daß erst vor noch nicht zwölf Wochen das Proletariat in Deutschland für dieselben Ziele demonstriert habe wie am heutigen Tage, nämlich für Weltfrieden und Völkerverbund. Es gelang dem Referenten, die Zwischenrufe der Unabhängigen und der kommunistischen Partei schlagfertig abzufertigen. Der Referent ging mit der Unabhängigen-Politik scharf ins Gericht, aber trotz aller Zwischenrufe gelang es den Unabhängigen und ihrem Anhang nicht, die Versammlung zu sprengen. Genosse Caspari führte, oft von minutenlangem Beifall der Anwesenden unterbrochen, aus, daß der Weg zur Internationale wohl über ein sozialistisches Deutschland führe, daß aber ein sozialistisches Deutschland nur möglich sei durch die Einigung der deutschen Proletarier. Trotzdem die Möglichkeit gegeben war, in eine Diskussion einzutreten, meldete sich niemand nach dem Vortrage zum Wort.

Die zum 21. Juli nach dem „Raiserhof“ in Zehlendorf von der S. P. D. einberufene Protestversammlung war auch von zahlreichen Kommunisten besucht. Diese versuchten zunächst vergeblich, durch Bureauwahl den Versammlungs-vorsitz an sich zu reißen. Das Referat des Genossen M. I. A. wurde andauernd durch wüste Zwischenrufe gestört und konnte nur unter ungeheurem Lärm zu Ende geführt werden. Ein Kommunist hielt als Diskussionsredner eine verheerende Rede, in der er von den „Genossen“ Lüttich und Hindenburg sprach.

Nach ihm kam unser Genosse Mater zum Wort, von den Kommunisten mit lärmenden Zwischenrufen begleitet. Er appellierte an die Genossen, solidarisch Protest zu erheben gegen den unfernen Rande aufgeschwungenen Gewaltfrieden, dessen brutaler Inhalt sich hauptsächlich gegen die deutschen Arbeiter und den Sozialismus richtete.

Nachdem noch ein zweiter Kommunist ähnlich wie der erste sich ausgetobt hatte, zerstückte der Referent in seinem Schlusswort die Ausführungen der beiden Dekapoten. Die Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution blieb bei dem von den Kommunisten vorgeführten Tumult zweifelhaft.

Gezermühle-Eisenplatten. Die von den Anhängern der S. P. D. und der U. S. P. D. gemeinsam veranstaltete Versammlung auf dem Schützenplatz verlief ohne Zwischenfall. Sie war von circa 700 Personen besucht. Referent war Genosse Kemnitz-Berlin. Nach der Versammlung wurde ein Umzug durch den Ort veranstaltet.

Nationalversammlung zu Weimar

68. Sitzung, Dienstag, den 22. Juli 1919, vormittags 10 Uhr.
Am Regierungstisch Dr. David, Dr. Preuß, Schilde.

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes wird mit dem Artikel 18 (Territoriale Gliederung des Reiches) fortgesetzt. Dazu liegt ein Kompromißantrag Lohde (Soz.), Trimborn (Zentr.) und Geile (Dem.) vor. Nach diesem Antrag bedürfen Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern innerhalb des Reiches der Zustimmung der beteiligten Länder und einer Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die Länder nicht zu, so kann eine Neubildung durch Reichsgesetz (Ausschlußbeschluss: verfassungsänderndes Reichsgesetz) erfolgen, wenn die Bevölkerung dies will und ein überwiegendes allgemeines Interesse dies erfordert. Die Abstimmung der Bevölkerung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutrennenden Gebietes es verlangt (Ausschluß: Wenn ein Viertel der Wahlberechtigten oder die Politik oder die Kommunalvertretungen ein Viertel der beteiligten Bevölkerung es verlangen). Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Bei Abtrennung von Bezirken ist der Volkswille des ganzen Bezirks festzustellen. Ein Streit über die Vermögensausgleichsbedingungen wird durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden.

Der Kompromißantrag will ferner in die Übergangsbestimmungen einen neuen Artikel 164 aufnehmen, wonach die Bestimmungen des Artikels 18, die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustimmen, erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten. Durch den Kompromißantrag sind die meisten zur Beschlußfassung gehaltenen Anträge hinfällig geworden. Ein Antrag der Deutschnationalen will die Bestimmungen, die sich auf die mangelnde Zustimmung der Länder beziehen, ganz streichen.

Die Abgeordneten Dr. Heine (D. Sp.) und Genossen beantragen, daß bei mangelnder Zustimmung der Länder eine Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen kann, wenn das Reichsinteresse es erfordert. In Verbindung mit Artikel 18 werden die Artikel 62 und 64 (Stimmrecht und Vertretung der Länder im Reichsrat) bezogen. Nach Artikel 62 hat im Reichsrat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfällt auf eine Million Einwohner eine Stimme, kein Land darf durch mehr als fünf Fünftel aller Stimmen vertreten sein.

Deutscher Reich

erhält nach seinem Anschluß Sitz und Stimme im Reichsrat. Nach Artikel 64 werden die Länder im Reichsrat durch Mitglieder aller Regierungen vertreten. Jedoch wird die Hälfte der preussischen Stimmen nach Maßgabe eines Landesgesetzes von den Verwaltungen der preussischen Provinzen bestellt.

Zu Artikel 62 beantragen die Sozialdemokraten die Abänderung, daß Länder, die weniger als eine Million Einwohner haben, nur dann stimmberechtigt sind, wenn durch Reichsgesetz anerkannt wird, daß überwiegende wirtschaftliche Gründe eine besondere Vertretung erfordern.

Das Friesbuch, die Aufzeichnungen des ausgezeichneten Kommandanten, dem wir die Ablehnung des englischen Flottenbeschränkungs-vorschlags im Frieden und die Treiberei zum unbeschränkten U-Boot-Krieg und damit zu dem entscheidenden Eingreifen Nordamerikas in den Krieg verdanken, erscheint am 25. Juli. Ein besseres Datum konnte gar nicht gefunden werden. Es ist der fünfjährige Gedenktag des Abfalls des Wiener Ultimatum an Serbien, mit dem der Weltkrieg ausgelöst wurde. Gewiß, das Wiener Vorgehen war von Berlin nicht veranlaßt, aber es war trotz Kenntnis nicht verhindert, obwohl Wilhelm II. nachher an Bethmann schrieb, er hätte auf die serbische Antwort hin nicht mobilisiert.

Industrie und Handel.

Börse.

Das Geschäft an der Börse hielt sich auch heute wieder in sehr engen Grenzen, da im Zusammenhang mit den beabsichtigten Maßnahmen zur Verhinderung der Steuereinterziehung die Spekulation sich große Zurückhaltung auferlegte. Der Grundton blieb aber weiter fest. Bevorzugt waren ober-schlesische Montanwerte, die auf Majoritätsbestrebungen des Auslandes erneut im Kurse angezogen. Schiffbauaktien stellten sich im Verlaufe der Börse höher, geringe Umsätze entwickelten sich am Farb-, Elektro- und Nahrungsmarkt. Bekümmert waren, soweit sie notiert wurden, schwächer. Heimische Rentenwerte gaben mäßig im Kurse nach. Kriegsanleihen behaupteten sich ungefähr auf 84 Proz.

Groß-Berlin

Schwedens Liebeswerk.

Seit Anfang Mai gehen etwa alle 9 Wochen große Transporte deutscher und österreichischer Kinder von Berlin nach Kelleborg und werden von dort aus über ganz Schweden verteilt, bis hinanz in den höchsten Norden.

Das schwedische Rote Kreuz in Stockholm hat dies Liebeswerk aufs beste organisiert und die Adressen von 1000 schwedischen Familien, die unsere Kinder aufnehmen wollten, festgestellt. Dann übernahm die Deutsche Wohlfahrtsstelle in Berlin die Organisation der Transporte der deutschen Kinder, denen sich die österreichischen angeschlossen. Zu jedem Transport traf eine Abordnung des schwedischen Roten Kreuzes aus Stockholm in Berlin ein, um die Leitung zu übernehmen. Außerdem hielt sich sechs Wochen lang eine Delegation des schwedischen Roten Kreuzes in Berlin auf, um persönlich redaktionieren zu können und besondere Bitten der Eltern entgegenzunehmen, sowie jetzt eine Delegation der Deutschen Wohlfahrtsstelle, sowie einige deutsche Rote-Kreuz-Schwester in Schweden sind, um nötigenfalls den Kindern beizustehen.

Etwa die Hälfte der Kinder stammten aus Berlin. Wenn wir bedenken, daß alle diese Kinder, dazu noch die deutsch-österreichischen, daltischen und einige aus Rußland, von Schweden nicht nur 8 bis 4 Monate ernährt und unterhalten, sondern auch vollkommen neu eingeleitet werden, wenn wir berechnen, welche großen Unkosten dem schwedischen Roten Kreuz durch diese Reisen und das Unterbringen der Kinder in Schweden entstehen, so können wir ungefähr die Bedeutung des Liebeswerkes ermessen.

Zentralheizung und Mietzins.

Die Verordnung vom 22. Juni 1919 über die Einwirkung der Heizstoffpreise auf die Mietverhältnisse hat eine erhebliche Peinlichung der Mieter von Wohnungen mit Zentralheizung und Warmwasserheizung hervorgerufen. Die Absicht der Verordnung geht dahin, bei langfristigen Verträgen die Möglichkeit einer Abwälzung der erhöhten Heizpreise auf die Mieter zu schaffen. Diese wichtige Tatsache wird sowohl von den Hausbesitzern als auch von dem Mieterverein des Bestens häufig verkannt. Verträge, die nach dem 2. November 1917 abgeschlossen oder zu einem höheren Mietzins verlängert wurden, lassen überhaupt nicht unter die neue Verordnung. Ebenfalls kann der Vermieter ohne weiteres die Mehrkosten auf den Mieter abwälzen, sondern er hat die Schiedsstelle (Mietminderungsamt) anzurufen und deren Entscheidung abzuwarten. Der Mieter-

und Groß-Berlin hat bei den Mietminderungsämtern und bei den maßgebenden Reichsstellen gegen die unrichtige Auslegung der Verordnung Einspruch erhoben. Er warnt die Mieter dringend davor, freiwillig den Mietzins zu erhöhen oder die Vereinbarung des Mietervereins des Bestens mit den Hausbesitzern, die auf völliger Verkennung der Sachlage beruht, zu befolgen.

Ausnutzung der Wohnungsnot. Das Wohnungsbureau des Bestens, Nachstr. 23 III, antwortet einem Wohnungsuchenden u. a.: „Vorher ich für Sie arbeite, beantrage ich eine Arbeitsanfangs- und Spesengebühr von 5 M. Nach Kontraktabschluss würde dann noch eine einmalige Vermittlungsgebühr hinzukommen, deren Höhe Sie selbst bestimmen und mir mitteilen wollen. Falls die Summe, die Sie mir bieten, meine Unkosten deckt und meinen Grundbesitz entspricht, und die besagten 5 M. in meinem Besitze sind, fange ich an, für Sie zu arbeiten, und würden Sie, wenn Sie in meiner Bewerberliste an der Reihe sind, die für Sie passende Wohnung mitteilen erhalten. Falls Sie für die Vermittlung der Wohnung einen größeren Satz zur Verfügung haben, könnten Sie aus der Reihe der Bewerber herausgegriffen werden und somit schneller zu einer Wohnung kommen.“ Wer wägen dafür, daß auch dieses Wohnungsbureau herausgegriffen würde.

Großer Ferkelauftrieb auf dem Ragerviehshof. Die Zufuhr von Ferkeln nach dem Ragerviehshof bei Friedrichsdeide mehrte sich von Woche zu Woche. Die uns mitgeteilt wird, soll für morgen wieder ein sehr starker Auftrieb zu erwarten sein. Der Markt beginnt morgen 7 Uhr.

An die Bäcker! In diesem poetischen Stoffeuser Nothwendigen gegen das laute Brot schiedt uns ein Bäckermeister Broden der ihnen gelieferten Backstoffe, die ein besseres Erzeugnis ausschließen. Es wird sogar von Reihlieden berichtet, die man erst zerklügelte mußte, und es wird gefordert, daß das Getreide nur zu 80 Proz. ausgemahlen werde. Wir haben das längst verlangt, sowohl im Interesse der Menschenernährung wie der Viehfütterung, und es ist ja diese Maßnahme auch schon angeordnet für den Fall, daß die Ernte gut wird. In jenem Gebiete eine Aufhebung zu erkliden, dürfte dem Einzelner vorbehalten geblieben sein.

Sier falsche Kriminalbeamte, meldet eine Lokalkorrespondenz drangen gestern nachmittags in das Postgeschäft von Ritter und die ebenfalls dort belegene Privatwohnung in der Hindenburgstr. 80 zu Schöneberg ein und nahmen eine gewaltsame Durchsuchung aller Räume vor. Dabei fanden und beschlagnahmten sie 10000 M. bares Geld, die sie mitnahmen. Ebenso liehen sie die Lebensmittelkarten mitgehen. Es gelang dem Ueberfallenen jedoch, die Revierpolizei zu benachrichtigen und Beamten, die bald darauf erschienen, zwei der Verbrecher dingfest zu machen und ihnen das „Beschlagnahme“ Geld und die Lebensmittelkarten wieder abzunehmen. Die beiden anderen Täter sind entkommen. Der eine wies sich mit einer Erkennungsmarke des Charlottenburger Polizeipräsidiums als Kriminalbeamter aus. (Wie kam der falsche Kriminalbeamte zu dieser Erkennungsmarke? Red. d. „Vorw.“)

Lichterfelde. Gemeindevorstellung. Zum Bescheidentwurf Groß-Berlin wird gegen einige Stimmen der Rechten die Entschließung des Ausschusses angenommen. (Mit der Bildung Groß-Berlins grundsätzlich einverstanden, gegen die Durchführung aber erhebliche Bedenken usw.) Im letzten Augenblick verhielt G. B. Vorkenbogen (Fr. Vgg.) eine Wehrheit gegen die Entschließung zu erzwingen. Wie bei früherer Gelegenheit unsere Genossen, so brandmarkte diesmal der Demokrat Dr. Michajew das Geboren dieses Herrn und kündigte an, daß die Demokraten nicht mehr mit der Fr. Vgg. in der Kommission verhandeln würden, wenn der Antrag des Herrn V. Folge gelte. Diese Drohung scheint den Herren der Rechten, die bisher getobt waren, fast willenlos ihrem Hauptsprecher zu folgen, doch an die Rechten gegangen zu sein, und so liehen sie ihn diesmal fallen. Die der Abstimmung vorangegangene Diskussion ließ keinen Zweifel darüber, daß der Rechten die ganze Eingemeindungsfrage äußerst unpopulär ist. Die Demokraten waren der Meinung, daß die Frage der Eingemeindung keinen längeren Ausschuss mehr duldet. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse drängten dazu. Aber der Entwurf genüge nicht den elementarsten Anforderungen. Gen. Benzel hielt den Entwurf für besser als seinen Ruf. Es seien der Parteienausgleich und politische Gründe, die die westlichen Vorort veranlaßt hätten, bisher gegen jede Eingemeindung Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratie kämpfte seit langer Zeit für die Eingemeindung Groß-Berlin. Es sei höchste Zeit, daß die Versplitterung beseitigt würde. Der U. S. P. Redner vermißte besonders, daß mit der Vorlage nicht eine gleichzeitige Änderung der Städteordnung Hand in Hand geht. — Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Magistrat gefragt, was er gegen die in Lichterfelde bestehenden Spielclubs zu unternehmen gedente. Ein Verein „Odeon“, der sich als Sportklub bezeichet, erhebe ein Eintrittsgeld von 400 M. und einen Monatsbeitrag von 80 M. Der Magistrat glaubt, nichts dagegen tun zu können, da es sich um geschlossene Gesellschaften handelt.

Trebbin. Stadtverordnetenversammlung. Ein Vertrag war mit der Baugenossenschaft „Eigene Scholle“ in Frankfurt geschlossen worden, was einer Anzahl von Kleinbauern. Dort sollen zwölf von Berlin überwiesene Kriegsbeschädigte angesiedelt werden. — Stadtv. Dablenmann stellt fest, daß den Einwohnern Abzüge von ihrer schon knappen Futterration gemacht wurden, weil die hiesigen Landwirte zu wenig Getreide abgeliefert hätten. Es ginge nicht an, daß eine Bevölkerungsklasse für die Sünden der anderen bestraft werde.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wuchholz. Als Ersatz für Kartoffeln vom 21. bis 27. Juli auf Lebensmittelkarte (64) 750 Gramm Brot, Kartoffelverkauf für diejenigen, die in der vorigen Woche ihre 4 Pfund Kartoffeln nicht erhalten haben, nächsten Mittwoch im Umstande, 9-12 Uhr, Kartoffelkarten mitbringen! Die Gemeindevorstellung hat noch Stophmühle, die Dose zu 85 M.

Perndorf. Als Ersatz für Kartoffeln vom 21. bis 27. Juli auf Groß-Berliner Lebensmittelkarte 750 Gramm Brot (64) bei den Bäckern, 250 Gramm getrocknete Kartoffelstücken (65) bei den Händlern zu 1,36 M. Pfundpreis.

Wariendorf. Gegen die beiden Abchnitte J 11 der Einfuhrzulasskarte bei den Wechhändlern in der Zeit vom 24. bis 26. Juli 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl auf jede Karte für 42 M. Abchnitt O 2 verliert mit Ablauf des 24. Juli seine Gültigkeit. Statt des amerikanischen Weizens darf billiges inländisches Weizenmehl (für 250 Gramm 16 M.) auf Abchnitt J 11 in den beiden Gemeindefeldern entnommen werden. — Verkauf von Terziten. Am 25. Juli an die Viehhalter, je Zentner 7 M. Sätze mitbringen! Lebensmittelkarte als Ausweis!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Mieterechtskongress. Mittwoch, 23. Juli, 8 Uhr, im Schwargen Adler, Brandenburger Str. 4: Öffentliche Versammlung. Gen. Gellmann, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, spricht über „Das Schicksal der Revolution“.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Veg. Süden. Mittwoch, 23. Juli, 7 1/2 Uhr, Reichshofstr. 15: Versammlung. Pünktlich erscheinen! Ausgabe von Verbandsmaterial.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Abt. Mittwoch, 23. Juli, 7 Uhr, Schulstra. 6: Funktionärskonferenz sämtlicher Funktionäre, Betriebsvereinsleiter und Arbeiterräte.

Potsdam. Morgen, Mittwoch, 8 Uhr, in allen Bezirkslokalen: Jubiläum.

Jugendveranstaltungen.

Steglitz. Mittwoch, 23. Juli: Kinderkloppung nach dem Grunewald. Treffpunkt: 1/2, 8 Uhr Bahnhof Steglitz, Haltestelle der Grunewald-Strassenbahn. Besperdrot mitbringen! Spiele vorhanden. Rückfahrt 7 Uhr.

